

Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) vom 1. Februar 2024

URL <https://www.rnd.de/politik/zwangsrekrutierungen-in-der-ukraine-wie-kriegsdienstverweigerer-entkommen-wollen-YBQOEY5YVJC3ZDJXBH4V2ZE6EA.html>

„In meinem Lebensplan nicht vorgesehen“

## Wie die Ukraine Männer mit Zwang rekrutiert – und diese dem Militärdienst entkommen wollen



Die Ukraine benötigt im Abwehrkampf gegen Russland dringend frische Soldaten. Weil sich viele Männer dem Kriegsdienst verweigern, setzt der Staat immer mehr auf Zwang. Doch das entfremdet die junge Generation nur noch mehr von ihrem Heimatland.



[Sebastian Scheffel](#) 01.02.2024, 10:51 Uhr

Oleksandr und Dmytro sitzen in hippen Kölner Cafés, gehen feiern und arbeiten an ihrer Karriere. Die beiden jungen Ukrainer, die eigentlich anders heißen, führen ein Leben wie viele ihrer deutschen Altersgenossen. Geht es nach dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, dann sollten Oleksandr und Dmytro aber ganz woanders sein: an der Front, im Krieg gegen die russischen Invasoren.

Beide Seiten haben gute Gründe für ihre Haltung. Die ukrainische Regierung muss zusehen, wie Russland seinen Gegner langsam zermürbt. Die Waffenlieferungen aus dem Westen, die das Blatt wenden könnten, stocken. Und an der eisig kalten Front kämpfen teils Soldaten, die seit rund 700 Tagen im Einsatz sind. [Die Militärführung, so erklärte Selenskyj im Dezember, brauche deshalb 450.000 bis 500.000 frische Kräfte.](#) Allerdings sei das eine „sehr heikle“ Frage, räumte er ein.

Denn die Rekrutierung ist nicht einfach. Männer zwischen 18 und 60 Jahren gelten in der Ukraine als wehrfähig. Sie dürfen das Land nicht verlassen. Doch diejenigen, die in diese Gruppe fallen, kämpfen entweder bereits, wollen sich dem Kriegsdienst entziehen oder befinden sich bereits im Ausland. In der EU halten sich derzeit rund 600.000 Ukrainer im wehrfähigen Alter auf, in Deutschland rund 190.000 – darunter Oleksandr und Dmytro. „In meinem Lebensplan ist es nicht vorgesehen, zu sterben oder andere Menschen töten zu müssen“, erklärt Dmytro, was er von der Idee hält, eingezogen zu werden.

Die beiden 24-Jährigen haben sich in der Ukraine bei einem Deutschkurs kennengelernt. Schon vor dem Kriegsbeginn war ihnen klar, dass sie das Land verlassen wollen. Dmytro stammt aus Kiew und arbeitet mittlerweile in

Deutschland in der IT-Branche, Oleksandr kommt aus der zentralukrainischen Stadt Kropywnyzyj und absolviert aktuell ein Masterstudium in Biochemie. Beide sind für ihre Karriere nach Deutschland gekommen. Geblieben sind sie aus einem anderen Grund.

### **Der Krieg, eine Sache der ärmeren Bevölkerung?**

Dmytro und Oleksandr gehören zu einer gut gebildeten, urbanen Mittelschicht, die sich ein besseres Leben im Ausland erhofft und der ukrainischer Nationalstolz suspekt ist. Dmytro bezeichnet sich als Pazifist, Oleksandr hingegen als Kriegsrömantiker. Er habe viele Kriegsfilme geschaut und finde das faszinierend. In der Realität will er für die Faszination aber nicht sein Leben riskieren.

„Man bekommt den Eindruck, dass der Krieg eine Sache der ärmeren Bevölkerung ist“, sagt Oleksandr im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Er will damit darauf aufmerksam machen, dass sich vor allem diejenigen freiwillig für den Kriegsdienst melden, die sich davon Geld oder Anerkennung erhoffen. Mit beidem ist Oleksandr nicht zu ködern. Auch Dmytro sieht den Wehrdienst als „Verschwendung von Lebenszeit“ an. Seine Karriere wäre dann gefährdet – denn entgegen zahlreichen Versicherungen der Regierung gäbe es keine Garantie, später in den alten Job zurückkehren zu können.



Der „Time“-Reporter Simon Shuster hat eine lesenswerte Biografie über den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj geschrieben. Sie zeigt eindrucksvoll die Last, die der Krieg dem einst unbeschwertesten Spaßmacher aufgebürdet hat und beleuchtet die Schwächen der Ukraine ebenso wie ihre Erfolge.

Weil viele sich zieren, setzt der Staat auf Zwang. Im Dezember wurde im Parlament ein Gesetz beraten, dass für alle Männer ab 18 Jahren einen militärischen Grundwehrdienst vorsah. Schließlich sollten sie mit 25 statt wie bisher mit 27 Jahren eingezogen werden. Oleksandr und Dmytro würden also schon jetzt Teil des Militärs werden und es vermutlich lange bleiben, denn ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es nicht. Wer sich widersetzt, sollte dem Entwurf zufolge zum Beispiel keine Kredite mehr aufnehmen können. Der Gesetzesplan ist vorerst gescheitert. Doch auf den Straßen hat sich die Lage bereits verschärft.

### **Vom Club direkt ins Rekrutierungszentrum**

„Menschen werden angehalten, in Wohnungen, am Arbeitsplatz oder in Clubs aufgesucht und gegen ihren Willen in Rekrutierungszentren gebracht“, berichtet Yurii Sheliazhenko im Gespräch mit dem RND. Der Kriegsdienstverweigerer und Menschenrechtsaktivist wurde in der Ukraine angeklagt. [Die Regierung führt die „Rechtfertigung der russischen Aggression“ als Grund an.](#) Er selbst sieht einen politischen Prozess wegen seiner Kritik am Militär. Die übt Sheliazhenko weiterhin: „Führt man ein für die Rekrutierer relevantes Dokument nicht mit sich, droht die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten.“ Unter anderem könne es erschwert werden, ein Studium aufzunehmen oder eine Ehe zu schließen.

Beamte, die für die Anwerbung zuständig sind, sollen außerdem versucht haben, eine geistig behinderte Person einzuziehen, [wie die „New York Times“ berichtete.](#) Und in ukrainischen Telegram-Gruppen kursieren Videos, wie Rekrutierer Männer mit einem Krankenwagen abtransportieren, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen. Anfang Januar gestand der ukrainische Grenzschutz schließlich unumwunden, eine Gruppe aus zwölf wehrpflichtigen Männern mit Warnschüssen an der Flucht aus dem Land gehindert zu haben.

Laute Kritik daran findet man bei den ukrainischen Verbündeten im Westen kaum. Die Frage ist heikel: Was ist erlaubt, wenn sich ein Land in einem Überlebenskampf befindet? Es scheint, als würden auch die großen Menschenrechtsorganisationen noch um den richtigen Umgang ringen. Amnesty International schreibt auf RND-Nachfrage, zu den geschilderten Vorfällen lägen keine Erkenntnisse vor. Und Human Rights Watch reagiert auch nach mehreren Anfragen zum Thema nicht. Auf Kriegsdienstverweigerer spezialisierte Organisationen wie der deutsche Verein Connection [sprechen hingegen von „großer Besorgnis“ über die Situation.](#) Die ukrainische Regierung führt als Begründung für ihr hartes Vorgehen aber nicht nur die Lage an der Front an.

Sie will es auch als Kampf gegen die oft angeprangerte Korruption verstanden wissen. Denn Kriegsdienstverweigerung ist im Gesetz nicht vorgesehen. Also soll sich auch niemand freikaufen können – mit tatsächlicher Bestechung oder mit einer teuren Flucht ins Ausland.

### **Das Vertrauen in die Regierung sinkt**

Doch obwohl Korruption vielen ein Dorn im Auge ist, kann Selenskyj mit dem Vorgehen nicht punkten. [Das Vertrauen in seine Regierung sinkt](#), unter anderem wegen der Mobilisierungsfrage. Oleksandr findet das schade, „denn Selenskyj hätte die große Chance gehabt, die Jahrzehnte des Misstrauens in die Regierung nachhaltig aufzubrechen“. Doch stattdessen wenden sich immer mehr Menschen ab. Auch vom anfangs beliebten Telemarathon. „Die zusammengelegten Fernsehsender hinterfragen die Mobilisierung für die Armee nicht. Deshalb weichen viele auf Telegram aus und sehen dort die Videos, wie Männer zum Wehrdienst gezwungen werden.“

Oleksandrs Skepsis wurde durch eine persönliche Erfahrung im Herbst 2022 verstärkt. Seit dem Kriegsbeginn hatte er seine Familie nicht besucht, weil er fürchtete, nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu können. „Die ukrainische Regierung hat dann aber versprochen, dass Studierende im Ausland ohne Probleme die Heimat besuchen und dann wieder ausreisen dürfen. Ich hatte schon Tickets für die Reise gebucht. Aber plötzlich wurde die Regel wieder gekippt.“

### **Uneinigkeit in der deutschen Politik**

Auch in Deutschland droht Oleksandr und Dmytro jedoch Ungemach. Denn im Bundestag gibt es keine Einigkeit darüber, wie mit den vielen ukrainischen Kriegsdienstverweigerern hierzulande umzugehen ist. Renata Alt, Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte, glaubt, dass die Situation der Verweigerer die Politik in den nächsten Monaten zunehmend beschäftigen wird. Die FDP-Politikerin verweist [ebenso wie das Justizministerium](#) darauf, dass die Ukrainer nicht gegen ihren Willen zur Rückkehr gezwungen werden. „Alles andere wäre mit unserem Grundgesetz nicht zu vereinbaren und ein Verstoß gegen die menschenrechtlichen Staatenpflichten“, sagt sie dem RND.

Andere Töne schlägt Jürgen Hardt an. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion sagt dem RND: „Die Bundesregierung sollte sich die Frage stellen, ob es Sinn ergibt, dass Deutschland ukrainischen Kriegsdienstverweigerern die Möglichkeit gibt, ihrer Wehrpflicht hier zu entgehen. Ein ukrainischer Sieg liegt im deutschen Interesse, und er sollte nicht durch eine fehlgeleitete personelle Schwächung der ukrainischen Streitkräfte erschwert werden.“ Die Ukraine setze die kampfunerfahrenen Rekruten zielgerichtet zur Entlastung der Armee ein, anders als das Rekruten sinnlos verheizende Russland.

Oleksandr reagiert mit einem Lachen, wenn man ihn darauf anspricht. Politiker, die so reden, haben keine Ahnung, ist bei ihm herauszuhören. Der Student ist sich sicher, dass er im Fall einer Rekrutierung an die Front geschickt werden und lange nicht zurückkehren würde – wenn überhaupt. Und er glaubt, dass eine Ausweisung aus Deutschland die Ukraine ihrem Ziel kein Stück näherbringen würde: „Wenn es wirklich ernst wird, ziehen wir einfach weiter nach Österreich oder in ein anderes Land.“ Dmytro bestätigt solche Pläne. Er wünscht sich noch klarere Signale der Bundesregierung, dass Kriegsdienstverweigerung ein legitimer Grund ist, um dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen.

### **Mit Fahrrad und Verkleidung den Rekrutierern entkommen**

Denn sollten die beiden Männer tatsächlich in die Ukraine zurückkehren müssen, wären sie den Rekrutierern früher oder später wohl ausgeliefert. Von ihren Freunden in der Heimat wissen sie, welchen Aufwand manche betreiben müssen, um sich der Mobilisierung zu entziehen. „Mein Bruder fährt mittlerweile mit dem Fahrrad statt Auto zur Arbeit“, erzählt Oleksandr. „Dann kann er sich schneller im Gebüsch verstecken, wenn die Rekrutierungsbeamten auftauchen.“ Darauf vertrauen, dass er wegen einer früheren schweren Kopfverletzung ausgemustert werde, wolle der Bruder nicht mehr.

Andere verkleiden sich als Frau oder alter Mann, lassen sich in Studiengänge einschreiben, die vor der Rekrutierung schützen, oder ziehen sich komplett aus dem öffentlichen Leben zurück. Die damit verbundene psychische und körperliche Belastung hat auch ein Freund von Oleksandr auf sich genommen, wie er erzählt: „Er hat monatelang sein Haus nicht verlassen, obwohl er eigentlich viel Sport draußen macht. Jetzt hat er zwar einen Bauch bekommen, ist aber immerhin nicht in der Armee.“

